

DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Hauptversammlung
03. Dezember 2022

Für eine starke DIE LINKE in Friedrichshain-Kreuzberg, in Berlin und im Bund.

Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Früher als erwartet gehen wir in den nächsten Wahlkampf um die Ausrichtung der Politik in Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg und eine Stärkung der linken Opposition im Deutschen Bundestag. Das Gute ist: Wir sind entschlossen und wir sind vorbereitet. Unsere beste Vorbereitung ist unser entschiedenes Eintreten für die Menschen, die von den anderen Parteien viel zu oft vergessen werden. Für die Menschen, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden und für jene, die nicht zulassen wollen, dass Berlin und unser Bezirk für immer mehr Menschen unbezahlbar werden. Für treten an für eine Stadt für alle, für eine Stadt, die niemanden zurücklässt!

Wir haben keine leichte Zeit hinter uns. Die Pandemie und die wiederholten Lockdowns haben uns nicht nur als Menschen vor viele Herausforderungen gestellt, sondern auch als Partei. Als Partei, für die der Kontakt untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern von zentraler Bedeutung ist, waren die Zeiten der Distanz nicht einfach. Dass wir darüber hinaus auf Bundesebene uns immer mal wieder selbst ein Bein gestellt haben, macht die Situation für uns nicht leichter. Es liegt aber auch an uns, hier in Friedrichshain-Kreuzberg, ob wir es schaffen, Menschen für linke Politik zu begeistern. Es liegt an uns, glaubwürdig für eine Alternative zur Explosion der Mieten und Energiepreise, zu teurem und schlecht ausgebautem ÖPNV und zu Arbeit, die krank macht und von der man kaum leben kann, einzutreten.

Wir sind die einzige Partei, die weiß, dass die Überwindung der tiefen sozialen Spaltung und das Verhindern der drohenden Klimakatastrophe tiefgreifender Veränderungen bedarf. Dafür wollen wir uns mit denjenigen anlegen, die aufgrund ihres unvorstellbar großen Vermögens über zentrale Zukunftsfragen entscheiden und die ein Luxusleben führen, von dem die große Mehrzahl der Menschen in ihren kühnsten Träumen kaum eine Vorstellung hat.

Und wir sind diejenigen, die auch im Hier und Jetzt für jede noch so kleine Verbesserung der Menschen kämpft. Auch bei den jetzt anstehenden Wiederholungswahlen sind wir es, die deshalb die wesentlichen Fragen in den Mittelpunkt stellen:

- **Bezahlbare Mieten und Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co enteignen“**

Trotz der großen Zustimmung für den Volksentscheid "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" ist der Widerstand nicht nur in der Immobilien-Lobby, sondern auch in Teilen der anderen Berliner Regierungsparteien SPD und Grüne weiter groß. Wir sagen: Keine Koalition ohne Umsetzung des Volksentscheids! Die Berliner Landesregierung steht in der Pflicht, den Willen der Berlinerinnen und Berliner umzusetzen. Als LINKE werden wir im Parlament dafür den Druck aufrechterhalten und ihn gegen die Hinhaltspolitik von Franziska Giffey, Andreas Geisel und Co. mit der Unterstützung außerparlamentarischer Proteste verstärken. Wir setzen uns entschlossen für die Umsetzung des Volksentscheids ein und wollen dafür

schnellstmöglich ein Gesetz zur Vergesellschaftung der privaten Immobilienkonzerne erarbeiten und beschließen. Je mehr Wohnraum in öffentlicher Hand, desto besser sind Mieterinnen und Mieter geschützt vor Mietenexplosionen und Räumungen. In der aktuellen Energiekrise fordern wir vom Bund den Stopp von Strom- und Gassperren und ein Moratorium bei Wohnungsräumungen.

Unser Hauptanliegen ist, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Bezirk alle ihm zur Verfügung stehenden Instrumente für diesen Zweck aktiviert. Wir setzen uns für eine behutsame Nachverdichtung ein, die sich an klimapolitischen Zielen orientiert und die Interessen von Anliegerinnen und Anliegern berücksichtigt. Wir lehnen private Großprojekte ab, die wesentlich dem Renditeinteresse der Investoren dienen. Wir setzen uns daher weiterhin gegen den geplanten Monumentalbau von SIGNA am Hermannplatz ein, der auch für die dort verlaufenden U-Bahn-Strecken eine unkalkulierbaren Gefahr zu werden droht, und stattdessen für eine behutsame Weiterentwicklung des Bestandsgebäudes im Einvernehmen unter Wahrung der Interessen der Anliegerinnen und Anlieger sowie den dort aktuell Beschäftigten. Auch die vor vielen Jahren geplanten und mit einem Rahmenvertrag mit dem Senat vereinbarten Hochbauten im Park am Gleisdreieck ("Urbane Mitte") und einen entsprechenden Bebauungsplan lehnen wir ab, da sie die Nutzungsqualität des Parks stören und die Klimaresilienz Berlins und unseres Bezirks verringern.

- **Gute Arbeit und Entlastung für kleine und mittlere Einkommen**

Wir wollen, dass alle Menschen eine Arbeit haben, von der sie anständig leben und ihre Zukunft planen können, bei der sie auch bei Krankheit und im Alter abgesichert sind. Wir wollen mehr Beratungsangebote, Kontrollen und klare ausfinanzierte Vorgaben für alle, die vom Land Berlin Geld bekommen. Der Landesmindestlohn von 13 Euro muss nicht nur bei den Beschäftigten ankommen, es muss auch flächendeckend nach Tarif bezahlt werden.

Wir unterstützen in der anstehenden Tarifeinsetzungen des Öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen, der Deutschen Post und der Deutschen Bahn die Forderungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, mit denen sie mindestens einen Inflationsausgleich erreichen wollen. Auch das Land Berlin ist hier mit Blick auf die landeseigene Unternehmen, die wie Vivantes, Charité und die Berliner Stadtreinigung unter den TVÖD fallen, in der Pflicht. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten in ihrem Arbeitskampf und organisieren, wo gewünscht, Solidaritätsaktionen.

Zugleich ist es gut, dass die rot-grün-rote Regierung in Berlin aktuell Milliarden in die Hand nimmt, um die Berlinerinnen und Berliner dort zu entlasten, wo die Bundesregierung sie im Regen stehen lässt. Wir fordern von der Bundesregierung einen sozial gerechten Energiepreisdeckel mit einem für alle bezahlbaren Grundkontingent. Mindestens für die Zeit bis dahin, fordern wir eine ausreichende monatliche Entlastung. Zahlen sollen dafür in erster Linie die Profiteure von Krieg und Krise durch die Einführung einer Übergewinnsteuer und einer Vermögensabgabe. Wir lehnen das 100-Milliarden-Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr ab und fordern stattdessen ein 100-Milliarden-schweres Sondervermögen für Investitionen in eine nachhaltige Energieversorgung.

- **Bezahlbarer und gut ausgebauter ÖPNV für eine nachhaltige Mobilität**

Wir wollen, dass der ÖPNV für alle bezahlbar und attraktiv wird, damit den Menschen in Berlin der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn erleichtert wird. In Berlin gehen wir mit gutem Beispiel voran, indem wir ein 29-Euro-Ticket für den ÖPNV eingeführt haben und ab 1. Januar den Preis für das Sozialticket auf 9 Euro absenken. Wir wollen, dass diese Regelungen über den März 2023 hinaus dauerhaft gelten und lehnen die für April geplante Tarifierhöhung für den Berliner ÖPNV ab. Eine drohende Zerschlagung des Berliner S-Bahn-Betriebs im Zuge der laufenden Ausschreibung erteilen wir eine Absage. Wir wollen insbesondere den Öffentlichen Personennahverkehr und die Fahrradinfrastruktur weiter ausbauen. Dafür muss die Bundesregierung Gelder bereitstellen, die zum Beispiel über die Streichung unsinniger Subventionen wie das Dienstwagenprivileg gegenfinanziert werden könnten.

▪ **Demokratische Mitbestimmung**

Wenn wir die Verkehrswende nachhaltig und sozial gerecht gestalten wollen, wenn wir wollen, dass sich Beschäftigte gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren können und sich Mieterinnen und Mieter den Immobilienkonzernen entgegenstellen, dann geht das nur mit mehr demokratischer Mitsprache auf allen Ebenen. Deshalb setzen wir uns in Berlin dafür ein, dass die demokratische Mitbestimmung von Mieterinnen und Mieter gestärkt wird, und kämpfen im Bund für eine stärkere Mitbestimmung der Beschäftigten in ihren Betrieben und Unternehmen und dafür, dass Volksbegehren weiterhin genutzt werden, um sich aktiv von unten in die Politik einzumischen.

Wir halten demokratischen Protest und zivilen Ungehorsam weiterhin für legitim und stellen uns gegen Versuche, diese mit einer völlig überzogenen Law-and-Order-Rhetorik zu beantworten wie sie die Berliner Innensenatorin Iris Spranger an den Tag legt. Die Aktivistinnen und Aktivisten der „Letzten Generation“ durch die in Bayern praktizierte und rechtsstaatlich äußerst fragwürdige so genannte Vorbeugehaft in die Nähe des Terrorismus zu rücken, halten wir für falsch. Wir sind immer spürbarer mit einer Klimakrise konfrontiert, während die unverantwortliche Politik der Bundesregierung unter Beteiligung der Grünen die Klimaziele zur CO₂-Reduktion mit Füßen tritt.

Vor uns stehen große Aufgaben und wir stehen zusammen. Wir sind einer der mitgliederstärksten Kreisverbände unserer Partei im ganzen Land und der viertstärkste in Berlin. Wir haben zusammen Krisen durchstanden und wir haben Erfolge gefeiert. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand, wenn der Wind uns einmal schärfer ins Gesicht weht. Wir sind am fröhlichsten im Sturm – und wir haben viel vor!

Wir wollen die Stärke unserer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ausbauen und weiterhin zwei Stadträt:innen stellen, unseren direkt gewonnen -Abgeordnetenhaus-Wahlkreis im Friedrichshainer Westen verteidigen, weitere dazu gewinnen und wieder unseren Beitrag dazu leisten, dass DIE LINKE in ganz Berlin ein starkes Ergebnis einfährt. Wenn die Bundestagswahl in Teilen wiederholt wird, werden wir um jede Erst- und Zweitstimme kämpfen, damit wir weiterhin mit einer lauten Stimme für gute Arbeit und bezahlbare Mieten im Bundestag vertreten sind. Wir treten an für eine starke DIE LINKE in Friedrichshain-Kreuzberg, in Berlin und im Bund!